

Konjunkturpaket II: Bewertung der Einzelmaßnahmen

Maßnahme	Ziele und Geld	Bewertung – Was davon zu halten ist
Investitionen Bildung	Insgesamt 6,5 Mrd. Euro vom Bund und 1,6 Mrd. von den Ländern für die Gebäudesanierung von Kindergärten, Schulen und Hochschulen. Häftig verteilt auf die Jahre 2009 und 2010.	Gebäude zu sanieren, ist dringend. Aber das vorgesehene Geld gleicht nicht mal die Kürzungen der vergangenen Jahre aus. Allein beim Hochschulbau kürzte der Bund seit 2003 rund 2 Mrd. Euro. Dringend nötig ist – neben der Sanierung von Gebäuden – vor allem eine Bildungsoffensive, also mehr Betreuungs- und Lehrpersonal. Insgesamt fehlen dem deutschen Bildungswesen jährlich rund 30 Milliarden Euro.
Investitionen Infrastruktur	Für die kommunale Infrastruktur (Krankenhäuser, Lärmsanierung etc.) 3,5 Mrd. vom Bund und 0,875 Mrd. von den Ländern. Zusätzlich jeweils 2 Mrd. Bundesinvestitionen a) für Bundesverkehrswege und b) für Bauten und Ausrüstungen des Bundes. Alle Ausgaben häftig verteilt auf die Jahre 2009 und 2010.	Angesichts der Tiefe der Rezession und des beträchtlichen Investitionsstaus kleckert die Bundesregierung statt zu klotzen. Allein für die Sanierung von Krankenhäusern sind 30 Mrd. Euro nötig. In den Kommunen gibt es einen Investitionsstau von 700 Mrd. Euro. Erforderlich ist also eine dauerhafte Erhöhung öffentlicher Investitionen. Zudem ist ungeklärt, ob finanzschwache Kommunen einen Eigenanteil mitfinanzieren müssen. Die Forderung der LINKEN nach einer kommunalen Investitionspauschale, die ohne Zweckbindung und ohne Eigenanteil besonders an klamme Gemeinden vergeben werden sollte, wurde von der SPD zunächst aufgegriffen, aber nicht durchgesetzt. Die SPD ist wieder eingeknickt.
Gelockertes Vergaberecht	Für Bauleistungen unter 1 Mio. Euro beschränkte Ausschreibung. Unter 100.000 Euro freihändige Vergabe. Verkürzung von Vergabefristen (gilt bis 2010)	Um schnell handeln zu können, ist ein einfacheres Vergaberecht sinnvoll. Zu befürchten ist aber, dass soziale und ökologische Belange unter die Räder kommen. Deshalb sollten einfache zu handhabende Standards gelten, wie tarifliche Bezahlung, Mindestlohn und Vorrang von Investitionen, die den Energieverbrauch senken.
Einkommenssteuer	Rückwirkend ab 1. Januar 2009 Anhebung des Grundfreibetrages um 170 auf 7.834 Euro und Senkung des Eingangsteuersatzes von 15% auf 14%. Ab 2010 weitere Anhebung des Grundfreibetrages auf 8.004 Euro. Anpassung des Steuertarifs an die Inflation (Abbau der sogenannten kalten Progression). Bundesregierung beziffert die gesamte Entlastung von der Einkommensteuer auf 2,9 Mrd. Euro in 2009 und auf jährlich 6,05 Mrd. Euro ab 2010.	CDU/CSU und SPD setzen ihre unsoziale Steuerpolitik fort. Durch die Veränderungen im Steuertarif werden geringe Einkommen kaum entlastet. Bei einem zu versteuernden Einkommen von 10.000 Euro ergibt sich ein Plus von weniger als sieben Euro im Monat. Nur Steuerpflichtige mit höheren Einkommen profitieren in nennenswertem Umfang. Für die Jahre 2009 und 2010 werden niedrige Einkommen bis 10.000 Euro (bzw. 20.000 bei Verheirateten) um 150 Mio. Euro entlastet. Gutverdiener mit über 53.000 Euro (bzw. 106.000 Euro bei Verheirateten) hingegen bekommen 1,45 Mrd. Euro. Gerade sie aber brauchen das Geld nicht, weil ihre Sparquote jetzt schon hoch ist. Völlig wirkungslos sind die Steuersenkungen für Erwerbslose und für die Mehrzahl der Rentnerinnen und Rentner. Konjunkturpolitisch sinnvoll und gerecht ist es, alle Menschen mit geringen und mittleren Einkommen zu entlasten. Das bringt die größten Nachfrageeffekte. Wer viel verdient und beträchtliches Vermögen hat, sollte deutlich mehr Steuern zahlen als heute. Deshalb fordert DIE LINKE gerechtere Steuertarife und eine Millionärssteuer, damit in der Krise diejenigen die Lasten tragen, die in den Jahren zuvor von explodierenden Gewinnen profitiert haben.
Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung	Erhöhung des Zuschusses an die gesetzliche Krankenversicherung um 3 Mrd. (2009) und um 6 Mrd. Euro (2010). Zum 1. Juli 2009 soll der Beitragssatz um 0,6 Prozent sinken (0,3% Arbeitnehmer, 0,3% Arbeitgeber). Kosten für den Bund: 3 Mrd. (2009) plus 6 Mrd. Euro (2010).	SPD wollte ursprünglich den Sonderbeitrag von 0,9 Prozent zurücknehmen, den nur Arbeitnehmer und Rentner zu zahlen haben. Sie ist aber eingeknickt, sodass jetzt auch Arbeitgeber entlastet werden. Angesichts der jahrelangen Umverteilung von den Löhnen zu den Gewinnen brauchen die Unternehmen aber keine Geschenke. Stattdessen muss die paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung wieder hergestellt werden, indem die Beitragssätze ausschließlich für die Versicherten gesenkt werden.

Maßnahme	Ziele und Geld	Bewertung – Was davon zu halten ist
Familien und Kinder	Einmalzahlung von 100 Euro je Kind (Kinderbonus). Keine Verrechnung mit den Bedarfssätzen von Sozialleistungen. Kosten: 1,8 Mrd. Euro für den Bund in 2009. Ab 1. Juli 2009 Erhöhung des Regelsatzes (Sozialleistung) für Kinder im Alter von 6 bis 13 Jahren von 60% auf 70% des Eckregelsatzes für Erwachsene (35,60 Euro im Monat mehr). Jährliche Kosten: 522 Mio. Euro.	Die Kinderarmut ist in den vergangenen Jahren enorm gestiegen. Heute leidet jedes vierte Kind in Deutschland unter der Armut der Eltern. Angesichts dieses skandalösen Zustands sind die Maßnahmen der Bundesregierung völlig unzureichend. Der Kinderbonus ist nicht mehr als ein Almosen. Die Erhöhung des Regelsatzes weist in die richtige Richtung, reicht aber nicht aus. Der Verweis, damit würde dem Anliegen Rechnung getragen, die Regelsätze der Kinder dem realen Bedarf anzupassen, ist jedoch ein Hohn angesichts der tatsächlichen Bedarfe der Kinder und Heranwachsenden. Der Regelsatz muss außerdem für alle Hartz-IV-Bezieher erhöht werden. Als Sofortmaßnahme fordert DIE LINKE eine Anhebung von 351 auf 435 Euro. Für Kinder und Jugendliche ist eine eigene Bedarfsermittlung vorzunehmen.
Kurzarbeit und Beitrag zur Arbeitslosenversicherung	In 2009 und 2010 hälftige Erstattung der von den Unternehmen bei Kurzarbeit allein zu tragenden Sozialversicherungsbeiträge. Kosten für die Bundesagentur für Arbeit: rund 2 Mrd. Euro Stabilisierung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung bei 2,8 Prozent durch eine Ausgleichsverpflichtung des Bundes.	Die Maßnahme zur Kurzarbeit ist grundsätzlich zu begrüßen. Kurzarbeit wird für Unternehmen attraktiver und ist für Beschäftigte besser als Arbeitslosigkeit. Unternehmen, die Gewinne machen, sollten aber verpflichtet werden, Lohnneinbußen durch Kurzarbeit auszugleichen. Wenn Entlassungen nicht nur aufgeschoben werden sollen, bedarf es eines wesentlich größeren Konjunkturprogramms. Die Erleichterung des Antragsverfahrens ist begrüßenswert. Insbesondere ist positiv, dass nicht mehr erst alle Leiharbeiter und Befristeten entlassen werden müssen, bevor Kurzarbeit beantragt werden kann. Die Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung lehnen wir angesichts der kommenden Herausforderungen ab.
Qualifizierung	In 2009 und 2010 insgesamt 2,37 Mrd. Euro für diverse Programme der Bundesagentur für Arbeit und anderer Qualifizierungsträger. Aufstockung des für die Vermittlung und Betreuung von Arbeitslosen zuständigen Personals um 5.000 Stellen.	In einer Ergänzung zum Konjunkturpaket II ist nur von Aktivierung die Rede, nicht von Qualifizierung. Aktivierung macht aber bei gerade erst arbeitslos gewordenen Menschen keinen Sinn. So besteht die Gefahr, dass nur untaugliche Maßnahmen (Bewerbungstraining etc.) angewendet werden. Notwendig sind aber mehr langfristige Weiterbildungen und Umschulungen sowie öffentlich geförderte Beschäftigung (statt Ein-Euro-Jobs) für Langzeiterwerbslose. Weiterbildung während der Kurzarbeit ist zu begrüßen. So können Ausfallzeiten sinnvoll genutzt und die Qualifikation verbessert werden.
Abwrackprämie PKW-Kauf	Verschrottungsprämie von 2.500 Euro für mindestens neun Jahre alte PKW (mindestens ein Jahr auf den Halter zugelassen), wenn gleichzeitig ein Neu- oder Jahreswagen gekauft und zugelassen wird. Fördervolumen: 1,5 Mrd. Euro.	Mit Umweltschutz, wie von der Bundesregierung behauptet, hat die Verschrottungsprämie nichts zu tun. Denn die Prämie wird auch für die Anschaffung von großen „Spritschluckern“ gezahlt. Besser wäre es, nur den Kauf besonders sparsamer PKW zu fördern. Auf eine insgesamt ökologische Verkehrspolitik verzichten CDU/CSU und SPD vollständig. Für den öffentlichen Personen-Nahverkehr tun sie nichts.
Neuregelung Kfz-Steuer	Umstellung der gegenwärtigen Kfz-Steuer auf eine emissionsbezogene Kfz-Steuer bis zum 1. Juli 2009. Details sind noch nicht abschließend festgelegt. Aktuell deutet alles darauf hin, dass besonders umweltschädliche Autos kaum stärker belastet werden als heute.	Je mehr Emission von Abgasen, desto höher die Kfz-Steuer. Dieser Grundsatz ist konsequent anzuwenden. Tatsächlich aber ist die Bundesregierung wieder vor den Konzernen eingeknickt und tut nichts, um den Umbau der Autoindustrie einzuleiten. Die Herstellung von „Spritschluckern“ ist aber definitiv kein Weg in die Zukunft. Wer Arbeitsplätze sichern will, muss die Konzerne zu einer neuen Produkt-Politik zwingen.

Maßnahme	Ziele und Geld	Bewertung – Was davon zu halten ist
Forschung Mobilität	Insgesamt zusätzliche 500 Mio. Euro für die Erforschung von Hybridantrieben, Brennstoffzell- oder Speichertechnologien.	Die Erforschung neuer Antriebs- und Speichertechnologien ist überfällig und sinnvoll. Völlig falsch aber ist es, den Unternehmen nur Geld, aber keine verbindlichen Ziele zu geben. Die deutsche Autoindustrie braucht vor allem klare Vorgaben für schnell steigende Marktanteile von Autos mit umweltverträglichen Antrieben. Das bedeutet: Elektrofahrzeuge, die mit regenerativem Strom betrieben werden (nicht mit Kohle- oder Atomstrom).
Kredit- und Bürgschaftsprogramm	Ausweitung staatlicher Bürgschaften auf insgesamt 100 Milliarden Euro. Neues Kreditprogramm für größere Unternehmen. Ausweitung der im Inland wirkenden Bürgschaften. Neue Bürgschaften für die Fremdfinanzierung von Unternehmen.	Vermehrte Bürgschaften können die Kreditzurückhaltung privater Banken zum Teil ausgleichen, sind aber ansonsten konjunkturpolitisch wenig wirksam. Werden Bürgschaften fällig und führen zu Zahlungen an private Unternehmen, sollte der Staat die Übernahme entsprechender Anteile fordern. Sonst kommt es wieder zu einer Sozialisierung von Verlusten und einer Privatisierung von Gewinnen.
Stärkere Exportfinanzierung	Keine konkrete Festlegung: „Die Bundesregierung prüft die Erweiterung der Möglichkeiten der bundesgedeckten Exportfinanzierung.“	Diese Absichtserklärung geht in die völlig falsche Richtung. Exportförderung bedeutet gerade in der Krise nichts anderes als Wirtschaftskrieg gegen andere Länder. Entwicklung des Binnenmarktes heißt das Gebot der Stunde und nicht Exportförderung.
Innovationsförderung des Bundes (ZIM)	Ausweitung des existierenden ZIM-Programms durch zusätzliche 450 Mio. Euro, verteilt auf 2009 und 2010. Gefördert werden jetzt auch FuE-Vorhaben von Unternehmen in ganz Deutschland mit bis zu 1.000 Beschäftigten.	Das ZIM auf westdeutsche Länder auszudehnen und den Schwellenwert auf bis zu 1.000 Beschäftigte zu erhöhen, kann dazu beitragen, dass Forscher nicht entlassen und Forschungskapazitäten nicht abgebaut werden. Auszuschließen ist aber, dass zahlungskräftige Unternehmen subventioniert werden. Bei einzelbetrieblichen Förderungen war das ZIM bislang beschränkt auf ostdeutsche Unternehmen mit bis zu 250 Beschäftigten. Diesen regionalen Bezug jetzt durch höhere Fördersätze für ostdeutsche Unternehmen zu wahren, ist sinnvoll.
Breitband	Flächendeckende Versorgung bis Ende 2010. Übertragungsraten von mindestens 50 Megabit für alle bis 2018, für 75% der Haushalte bis 2014.	DIE LINKE ist für flächendeckendes Breitband. Bisher waren Regierung und Konzerne dagegen (nicht profitabel in der Provinz). Unklar ist bislang, wie die Unterstützung erfolgen soll. Wenn die Regierung keine klaren Vorgaben macht, könnten Breitband-Anbieter überbeuerte Monopolpreise erheben.
Neue Regeln zur Schuldenbegrenzung	Im Grundgesetz soll bis 2015 eine Neuregelung zur Begrenzung der Nettokreditaufnahme verankert werden. Diese sogenannte Schuldenbremse soll zunächst für den Bund, später für alle öffentlichen Haushalte gelten. Übergreifendes Ziel: In einer konjunkturellen „Normallage“ sollen die öffentlichen Haushalte nahezu ausgeglichen sein. Für „Notsituationen“ sollen Ausnahmeregeln gelten.	Eine strikte Verschuldungsgrenze ist falsch und abzulehnen. Besser ist eine dauerhaft solide und sozial gerechte Finanzierung aller öffentlichen Aufgaben. Wichtig ist dabei vor allem eine dauerhaft höhere Besteuerung hoher Einkommen, von Unternehmensgewinnen, großen Vermögen und Erbschaften. Auf diese Weise sind zusätzliche Einnahmen von jährlich rund 100 Milliarden Euro möglich.

Zum Weiterlesen: **IMK Höheres Tempo erforderlich**, Zu den Wirkungen des Konjunkturpakets II
Januar 2009 http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_pb_11_2009.pdf